

DIE ZUKUNFTS-FRAGE

Warum eine moderne und ausreichende Kinderbetreuung für unser Land so entscheidend ist und wo Österreich Aufholbedarf hat.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



CYBERSECURITY
Sicherheitsnetz
für die Digitalisierung

Seite 5



EAG
Schritt in Richtung
klimaneutrale Strom-Zukunft

Seite 8



STEIERMARK
Ordentliche Vollversammlung
der IV-Steiermark

Seite 10

Deutschlands Politik bestimmt auch die europäische

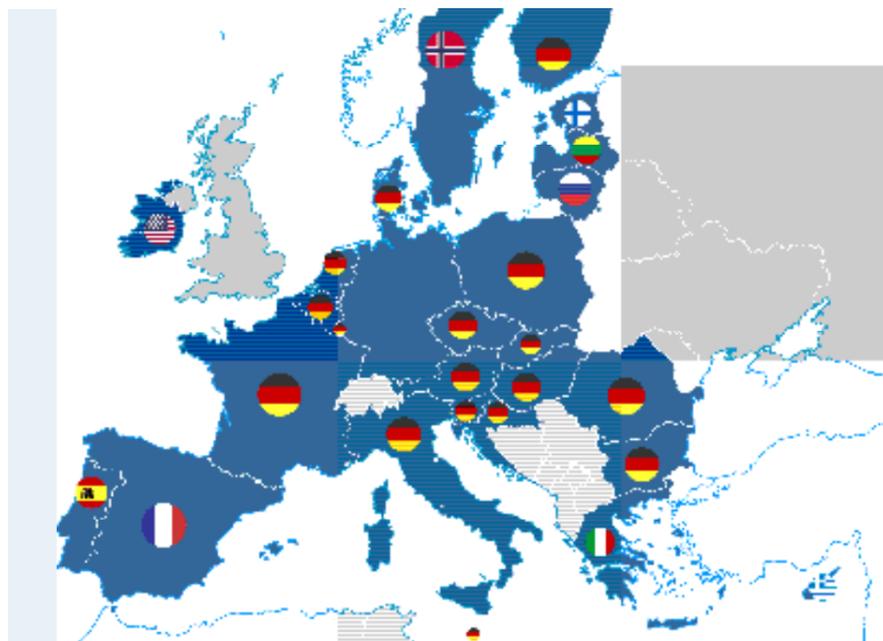
Warum die deutsche Bundestagswahl für den gesamten Kontinent ein wichtiger Termin ist, zeigen nicht zuletzt die Handelsdaten.

Am 26. September wählen die Deutschen ihren neuen Bundestag. Volatile Umfragen machen Prognosen über den Ausgang zwei Monate vor dem Urnengang ebenso schwierig wie eine seriöse Vorhersage, welche Parteien der nächsten Bundesregierung angehören werden. Dabei steht nicht nur viel für unseren nördlichen Nachbarn auf dem Spiel, das Wahlergebnis hat auch massive Auswirkungen auf die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in ganz Europa.

Wenig überraschend ist Deutschland für Österreich der mit Abstand wichtigste Handelspartner: Rund 30 Prozent aller rot-weiß-roten Exporte haben die Bundesrepublik als Ziel. Zum Vergleich: In die USA als zweitwichtigste Exportdestination gelangen mehr als 6 Prozent aller heimischen Ausfuhren. Umgekehrt darf nicht übersehen werden, wie relevant Österreich als Absatzmarkt für Deutschland ist. 35 Prozent aller Importe stammen aus „Germany“, wodurch die Alpenrepublik achtwichtigster Handelspartner für Deutschland ist.

Österreich profitiert von deutschen Exporterfolgen

Diese Zahlen berücksichtigen allerdings nicht die indirekte Bedeutung des ehemaligen „Exportweltmeisters“, der mittlerweile von China überholt wurde. Direkt führt Österreich lediglich rund ein Drittel seiner Exportgüter in Länder außerhalb der EU.



Deutschland ist in der EU ein begehrter Handelspartner. Im Jahr 2020 war es für 17 EU-Länder das Hauptzielland ihrer Warenexporte. (Die Nationalfahne steht für das wichtigste Exportland.)

Waren und Dienstleistungen aus Österreich gelangen aber auch via Deutschland in internationale Wachstumsmärkte, dessen Top-3-Exportdestinationen die USA, China und Frankreich sind. Zahlreiche heimische Zulieferer oder Anlagenbauer profitieren von deutschen Exporterfolgen in aller Welt.

Laut statistischem Bundesamt ist Deutschland in der EU insgesamt ein begehrter Handelspartner. Im Jahr 2020 war es für 17

EU-Länder das Hauptzielland ihrer Warenexporte. Schwarz-Rot-Gold ist damit nicht nur unmittelbar für Österreich überproportional bedeutend, sondern auch die größte Volkswirtschaft der Europäischen Union und Europas. Für die weitere Entwicklung der EU steht dann 2022 der nächste entscheidende Wahltermin auf der politischen Agenda, wenn Frankreich seinen Präsidenten wählt. Doch auch außerhalb Europas hat Deutschlands Stimme Gewicht. Vom weltweiten

Klimaschutz über internationalen Steuerwettbewerb bis fairen Handel: Durch seine Mitgliedschaft bei den G7 und G20 spielt es eine maßgebliche Rolle bei den großen globalen Themen unserer Zeit.

Investitionsschub für Europa möglich

Die zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Deutschland für die nächste Legislaturperiode liegen jedenfalls auf dem Tisch: Teile der Infrastruktur gelten als veraltet und müssen modernisiert werden. Hier gibt es Potenzial für einen Investitionsschub, von dem ganz Europa und damit auch österreichische Betriebe profitieren könnten. Weitgehend ungelöst ist die Frage der konkreten Umsetzung der Transformation in Richtung Klimaneutralität. Bis spätestens 2038 soll der Ausstieg aus Kohlekraft geschafft sein, Ende 2022 sollen die letzten Atomkraftwerke vom Netz. Ebenfalls offen ist die Positionierung Deutschlands gegenüber seinen wichtigsten Handelspartnern China und den USA, zwischen denen das Konfliktpotenzial zunimmt. Auch das Verhältnis zu Russland bleibt herausfordernd.

Aus Sicht der österreichischen Industrie bleibt zu hoffen, dass nach der Wahl die richtigen Akzente gesetzt werden, damit einerseits Europas Wettbewerbsfähigkeit insgesamt gestärkt und gleichzeitig die Rolle der EU im Wettbewerb zu den USA und China gefestigt werden kann.

GASTKOMMENTAR

Die Nach-Pandemie ist keine Nachkriegszeit

Zivilisationskritiker und Armutsprediger. Staatliche Zwangsmaßnahmen für Klima und Gerechtigkeit? Die Krise hat unternehmerisches Handeln stimuliert.

Ob das schon ein Rückblick auf die Pandemie ist oder womöglich nur eine mit allen Unsicherheiten behaftete Zwischenbilanz, wissen wir nicht. Für beides gibt es triftige Anzeichen. Niemand kann sagen, was uns im Herbst bevorsteht. Einige Folgen der Seuche lassen sich aber jedenfalls schon erkennen.

Am auffallendsten ist ein Widerspruch: Während die meisten Menschen nur ihr normales Leben wieder aufnehmen wollen, reden Philosophen, Soziologen, Naturwissenschaftler, Verhaltensforscher, Bischöfe und natürlich alle möglichen interessierten NGOs davon, dass „Corona eine neue Gesellschaft entstehen“ lassen werde; es müsse „zu einem Umdenken in Wirtschaftsfragen, aber auch jeweils im eigenen Lebensstil kommen“. Aber alles, was diesen Luxus-Zivilisationskritikern und Armutspredigern bisher an neuem Lebensstil eingefallen ist, sind ein paar Flugreisen im Jahr weniger und kein SUV-Auto mehr zu kaufen. Nichts also, was einen Durchschnittsbürger betrifft.

Der Lächerlichkeit preisgegeben haben sich wieder einmal die sogenannten Zukunftsforscher. Über die schöne neue Zeit nach der

Krise schrieb einer: „Sogar die Vermögensverluste durch den Börseneinbruch werden nicht so schmerzen, wie es sich am Anfang anfühlte. In der neuen Welt spielt Vermögen plötzlich nicht mehr die entscheidende Rolle. Wichtiger sind gute Nachbarn und ein blühender Gemüsegarten.“ Hier schlägt die Romantik in Zynismus um.

„Während die einen von der ‚neuen Gesellschaft‘ träumen, arbeiten andere schon an der Verbesserung der bestehenden.“

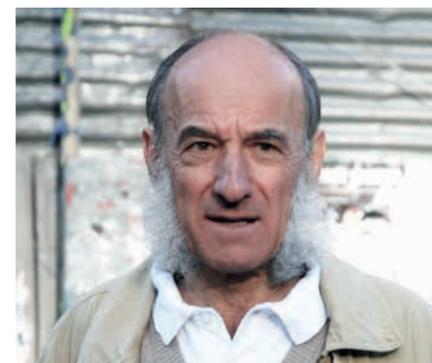
Ernst wird es freilich, wenn die Pandemie zum Vorwand für den „Umbau des Wirtschaftssystems“ genommen werden soll. Worin dieser Umbau bestehen soll, wird nicht so klar gesagt, aber es läuft darauf hinaus, den Staat zur Zentralagentur der Wirtschaftslenkung

zu machen. Auf die Erfahrung der Krise antwortet ein starker Staat, der seine Mittel für Ziele und politische Wünsche einsetzt, über die keine demokratischen Entscheidungen stattgefunden haben. So werden Eingriffe ins Eigentum wie Mietendeckel und Enteignungen von Immobilien geplant und staatlich festgelegte Preise für Lebensmittel propagiert. Die Nach-Pandemie ist aber keine Nachkriegszeit.

Die Pandemie habe gezeigt, „wozu der Staat fähig ist“, formuliert ein Autor der „Presse“ absichtlich doppeldeutig. Noch vor dem ersten Lockdown sagte der damalige Gesundheitsminister: Wenn man zur Bekämpfung der Seuche Zwangsmaßnahmen anwenden konnte, warum dann nicht auch für die Lösung noch größerer „Menschheitsprobleme“? Für die „Rettung des Klimas“ natürlich oder für die Herstellung globaler Gerechtigkeit und für vieles andere, das jemandem erstrebenswert erscheinen mag. Da sich das Klima aber nicht so schnell retten lässt und die vermeintliche Gerechtigkeit auch einige Zeit brauchen wird, wäre das der permanente Ausnahmezustand.

Aber während die einen von der „neuen Gesellschaft“ träumen, arbeiten andere schon

an der Verbesserung der bestehenden: Viele Unternehmen haben die Krise dazu benützt, ihre innere Organisation zu verbessern, Abläufe zu rationalisieren, neue Produkte zu entwickeln und die Digitalisierung voranzutreiben. Ein bescheidenes Beispiel dafür sind die vielen neuen Formen der Gastronomie, die aus dem Boden schießen. Kaum ein Manager eines größeren Unternehmens, der nicht darauf vorbereitet ist, jetzt „durchzustarten“. Man muss gar nicht auf das vielfache Versagen staatlicher Bürokratien bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens verweisen, um die Überlegenheit unternehmerischen Wirtschaftens zu erkennen.



Hans Winkler, Journalist und langjähriger Leiter der Wien-Redaktion der „Kleinen Zeitung“

Meilensteine statt Mühlsteine

Die Infrastrukturentwicklung in Österreich zu verzögern oder gar zu stoppen, ist der falsche Weg für Wachstum, Arbeit und (!) Klimaschutz. Es geht auch anders und klüger.

Der Aufschwung läuft und hat weite Teile der Volkswirtschaft erfasst. Wie stark und nachhaltig er ausfällt, hängt naturgemäß maßgeblich auch von den politischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen ab. Kluge Politik setzt in diesem Sinn echte Meilensteine, statt den Unternehmen Mühlsteine umzuhängen.

Ein solcher Mühlstein für Unternehmen, Standort und ganz Österreich ist die zusätzliche „Evaluierung“, ein de facto Umsetzungsstopp, wichtiger bereits vereinbarter und – oft jahrzehntelang – geprüfter Infrastrukturvorhaben. Eine leistungsfähige, moderne Infrastruktur ist Voraussetzung für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Lebensqualität. Dass es nach jahrelangen gerichtlichen Verfahren nun durch eine politische Entscheidung zu neuerlichen Verzögerungen kommt, ist weder nachvollziehbar noch akzeptabel. Generell gilt: Wichtige Infrastrukturprojekte dürfen nicht auf populistische Weise gegen den Umweltgedanken ausgespielt werden. Nicht Verhinderung, Verzögerung und Verzicht lösen die Probleme unserer Zeit, sondern neue Technologien, Innovationen und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Österreich gerät ohne seine Standort-Lebensadern in eine

wirtschaftliche Sackgasse. Auch in Zukunft wird es individuelle Mobilität wie auch Warenverkehr geben – natürlich klimaschonend und effizient, sichergestellt durch neue Technologien und Innovationen. Dazu braucht es aber auch ausgebaute Verkehrswege. Intelligente Umweltpolitik weiß: Infrastruktur und Klimaschutz sind keine Gegensätze.

Ganz im Gegensatz dazu stehen das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) und das Ende des Kumulationsprinzips – beides Projekte, welche die IV aktiv mitgestaltet hat:

- Das EAG schafft Planungssicherheit nicht nur für die Errichter und Betreiber von Ökostromanlagen, sondern auch für die Industrie, die ihre Prozesse von fossilen Energieträgern auf erneuerbaren Strom umzustellen hat. Erfreulich ist, dass auf Betreiben der IV neben einer deutlichen Ausweitung der Fördermittel auch die Kostenseite politisch berücksichtigt wurde, indem die Belastungen für private und betriebliche Energiekunden auf eine Milliarde Euro pro Jahr bestmöglich begrenzt wurden. Ganz im Sinne der Kostenbegrenzung für die Industrie ist auch die von der IV geforderte Aufrechterhaltung des Aufbringungsmechanismus.



- Ein wichtiger aktueller Erfolg für Österreichs Unternehmen ist die Abschaffung des Kumulationsprinzips im Rahmen der Novellierung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes, des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes und des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes. Das Abgehen vom bisherigen Modell der Bestrafung pro Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer, für das sich die Industriellenvereinigung intensiv eingesetzt hat, bedeutet ein Aus für praxisfremde, unternehmensfeindliche und existenzbedrohende Mehrfachstrafen.

In diesem Sinn ist klar: Für Aufschwung, Wertschöpfung und Arbeit in Österreich müssen die richtigen Entscheidungen fallen. Entscheidungen, die Ausgewogenheit und das Sowohl-als-Auch in den Mittelpunkt stellen. Ideologie und Rohrstaberl-Politik sollten da keinen Platz haben.

Ihr


Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Ein kluger Wettbewerb der Ideen und Technologien fördert Innovationen und Alternativen. Den Verbrennungsmotor einfach zu verbieten, anstatt an seinen möglichen Stärken für alternative Lösungen zu arbeiten, dient weder dem Klima noch dem Standort.“

Christian Knill
CEO der Knill Energy Holding



„Kompetenzen wieder aufzubauen, die wir vor Jahren verloren haben, bringt nichts. Wir müssen stärken, worin wir jetzt gut sind.“

Sabine Herlitschka
IV-Vizepräsidentin und
Infineon Technologies Austria-CEO



„Die Veränderungen für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft müssen sozial verträglich sein. Und man muss den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich sagen: Klimaschutz kostet Geld. Die Bereitschaft, für den Klimaschutz zu zahlen, ist vorhanden.“

Rainer Seele
OMV-CEO

IV-MEINUNG

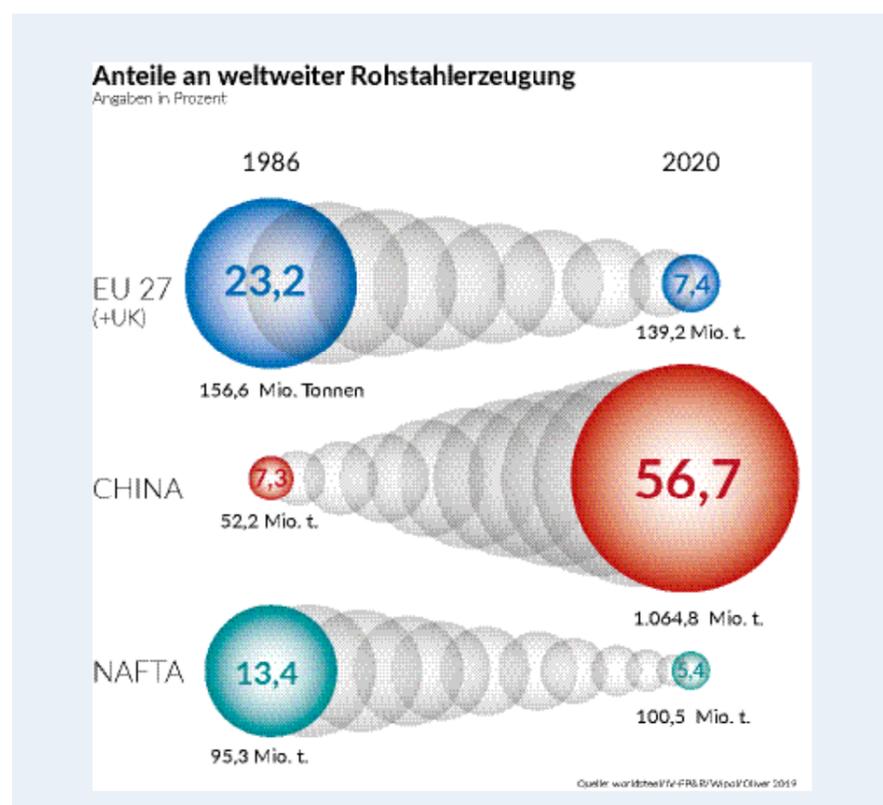
Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 14. Juli war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

GRAFIK DES MONATS

Wirksame Klimapolitik muss auch außerhalb Europas stattfinden. Die Grafik veranschaulicht, warum: 1986 produzierten die Länder der heutigen EU27 mit dem Vereinigten Königreich rund ein Viertel des weltweiten Rohstahls, Chinas Anteil belief sich auf 7 Prozent. 35 Jahre später ist der europäische Anteil auf unter 8 Prozent gesunken. Mehr als die Hälfte des Rohstahls wird heute in China erzeugt.

Dabei werden CO₂-intensive Produkte – wie Zement, Stahl oder Papier – kaum wo klimaschonender produziert als in Österreich. So hat die heimische Stahlindustrie ihre prozessbedingten Emissionen stetig gesenkt. Dadurch ist es beispielsweise gelungen, die Stahlproduktion von den Treibhausgasemissionen zu entkoppeln. Pro Tonne produziertem Rohstahl wurden die Emissionen seit 1990 um mehr als 20 Prozent gesenkt. Mit ihrer Innovationskraft ist die Industrie somit kein Bremser beim Klimaschutz, sondern internationaler Vorreiter. Klima und Volkswirtschaft können auf diese Leistungen nicht verzichten.



ZAHL DES MONATS

15

Die Industrie ist der Motor für nachhaltiges Wachstum und Jobs – auch in herausfordernden Zeiten. In den vergangenen zehn Jahren konnte die Industrie die Zahl der Arbeitsplätze erheblich ausweiten: Trotz COVID-Rezession liegt die Industriebeschäftigung in Österreich heute um 15 Prozent über dem Niveau des Jahres 2010.



LSD-BG: Mehrfachstrafen sollen der Vergangenheit angehören

Mit der Novelle zum Lohn- und Sozialdumpinggesetz wird das System fairer gestaltet. Die Industrie hat sich erfolgreich für ein Weniger an Bürokratie und die Abschaffung des bisherigen Kumulationsprinzips eingesetzt.

Im Juli hat der Nationalrat die Novellierung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes (LSD-BG), des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes (AÜG) und des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes (AVRAG) beschlossen. Eine EU-Richtlinie zum Entsenderecht sowie Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum nationalen LSD-BG Sanktionsregime hatten diese Änderungen notwendig gemacht.

Ausweitung der Ausnahmebestimmung für konzerninterne Entsendungen

Damit die neuen Regeln in Österreich wieder EU-konform sind, wird das bisherige Kumulationsprinzip abgeschafft. Das heißt, Unternehmen werden künftig nicht mehr wie bisher pro Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer bestraft. Die Industriellenvereinigung hatte sich für das Aus für unternehmensfeindliche und existenzbedrohende Mehrfachstrafen im LSD-BG eingesetzt.

Zudem gibt es im Gesetzespaket weitere Änderungen bzw. Maßnahmen im Bereich der Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung, die im Regierungsprogramm angekündigt bzw. durch die EU-Änderungs-Richtlinie zur Entsende-Richtlinie notwendig wurden: z.B. Regelungen zur umfassenden Anwendung des österreichischen Arbeitsrechts auf Langzeitentsendungen (länger als 12 bzw. 18 Monate), Aufwändersatz für angemessene Unterkünfte, Kostenerstattung zur Deckung von Reise-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten, sowie Informations- und Mitteilungsverpflichtungen betreffend Leiharbeiter, als auch Adaptierungen der Bestimmungen betreffend Meldungen und Lohnunterlagen samt einer Neuregelung der Sicherheitsleistung.

Darüber hinaus kommt es im Zuge der Gesetzesnovellierung zu einer Anpassung des Ausnahmeregimes. Wichtig für die Industrie sind hier die dringend gebotene Ausweitung der Ausnahmebestimmung für konzerninterne Entsendungen oder Überlassungen als Schritt in Richtung praktikablere Regelungen sowie die nunmehr gesetzlich verankerten Ausnahmen für Schulungen und Werkverkehr.

Neues Strafenregime im LSD-BG

Laut einem EuGH-Urteil aus 2019 sind die bisherigen österreichischen Strafbestimmungen unverhältnismäßig und damit unionsrechtswidrig. Die Neuregelung sieht eine Bestrafung unabhängig von der Anzahl der von der Verwaltungsübertretung betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor:

- Verstoß gegen Melde- und Bereithaltungspflichten (Geldstrafe bis zu 20.000 Euro)
- Vereitelungshandlungen (Geldstrafe bis zu 40.000 Euro)
- Nichtbereithalten der Lohnunterlagen (Geldstrafe bis zu 20.000 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 40.000 Euro)

Ebenfalls novelliert wurde auch die Regelung bei der Unterentlohnung. Es wird vom bisherigen Modell der Bestrafung pro Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer abgegangen und anstelle dessen ein fünfstufiger Strafrahen eingeführt:

- Grundstrafrahmen bis zu 50.000 Euro
- Erstfall, bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bis zu 9 Beschäftigten, vorenthaltenes Entgelt weniger als 20.000 Euro (Geldstrafe bis zu 20.000 Euro)



- Summe des vorenthaltenen Entgelts mehr als 50.000 Euro (Geldstrafe bis zu 100.000 Euro; bei unverzüglicher und vollständiger Mitwirkung der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers an der Aufklärung Geldstrafe bis zu 50.000 Euro)
- Summe des vorenthaltenen Entgelts mehr als 100.000 Euro (Geldstrafe bis 250.000 Euro; bei unverzüglicher und vollständiger Mitwirkung der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers an der Aufklärung Geldstrafe bis zu 100.000 Euro)
- Summe des vorenthaltenen Entgelts

mehr als 100.000 Euro plus Vorenthaltung des Entgelts um vorsätzlich mehr als 40 Prozent des Entgelts (Geldstrafe bis zu 400.000 Euro.)

Aus Sicht der Industrie werden durch die Änderungen richtige und wichtige Schritte gesetzt, um existenzbedrohende und unternehmerfeindliche Strafen zu verhindern. Das neue System ist jedenfalls fairer als das Kumulationsprinzip – und stellt gleichzeitig sicher, dass schwarze Schafe weiterhin wirksam bestraft werden können.

Die Stärkung des Eigenkapitals ist wichtiger als jemals zuvor

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie relevant eine solide Eigenkapitalausstattung für die Resilienz von Unternehmen ist. Die steuerrechtliche Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital muss endlich beendet werden.

Die Corona-Krise hat die nationalen Gesundheitssysteme aber auch die Wirtschaft mit voller Härte getroffen und auf eine Belastungsprobe gestellt. Durch massive staatliche Unterstützungen aus den zuvor von Unternehmen und Arbeitnehmern mit Abgaben finanzierten Sozialsystemen konnte in beiden Bereichen das Schlimmste verhindert werden. Die Krise hat allerdings aufgezeigt, dass es in einzelnen Bereichen deutlichen Verbesserungsbedarf bei der zukünftigen Bewältigung von Krisen gibt. Im Bereich der Unternehmen wurde nun ersichtlich, dass eine starke Eigenkapitalausstattung für mehr Widerstandsfähigkeit gegenüber kurzfristigen externen Schocks sorgt.

Abzugsfähigkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen zur Stärkung des Eigenkapitals

Zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung von Unternehmen und der



Entdiskriminierung gegenüber Fremdkapital empfiehlt sich die Berücksichtigung von fiktiven Eigenkapitalzinsen als Betriebsausgabe, welche u.a. in Belgien und Liechtenstein seit Jahren erfolgreich praktiziert wird. Als Grundlage ist z.B. der 3-Monats-Euribor

zugänglich eines bestimmten Prozentsatzes heranzuziehen. Die dadurch ermittelten fiktiven Zinsen reduzieren den steuerpflichtigen Gewinn. Vorteil dieser Lösung sind die relativ unbürokratische Berücksichtigung im Rahmen der jährlichen Steuererklärung und

die zielgerichtete Wirkung unabhängig von der Unternehmensgröße. Von einer Deckelung dieser fiktiven Zinsen ist abzusehen, um eine Diskriminierung anhand der Unternehmensgröße zu verhindern und Steuergestaltungen vorzubeugen.

Krisenfeste Unternehmensfinanzierung

Die Stärkung des Eigenkapitals wurde bereits im Ministerrat im Juni 2020 beschlossen. Seitdem gab es allerdings keine weiteren Umsetzungsschritte; trotz der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg wurden keine konkreten Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung beschlossen. In diesem Sinne ist es aus Sicht der Industrie notwendig, dass die Einführung fiktiver Eigenkapitalzinsen sowie die Senkung der Körperschaftsteuer noch heuer im Nationalrat beschlossen werden, um ein starkes Zeichen für eine krisenfeste Unternehmensfinanzierung zu setzen.

Cybersecurity: Das Sicherheitsnetz für die Digitalisierung

Digital.Erfolreich.Industrie. | Teil 3

Angetrieben von der Dynamik steigender Mobilfunknutzung, des Internets der Dinge und des Cloud-Computings gewinnt digitale Sicherheit immer mehr an Bedeutung.

6 Billionen Euro. So hoch ist der geschätzte Schaden durch Cyberangriffe im Jahr 2021 weltweit. Das entspricht etwa dem Bruttoinlandsprodukt von Deutschland und Frankreich zusammen gerechnet. Kriminelle Aktivitäten im Cyberraum nehmen sogar noch zu, in fünf Jahren werden bereits Schäden in Höhe von 10,5 Billionen Euro erwartet.

Die Bedrohung durch Cyberkriminelle findet auch in den Medien Niederschlag. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über Cyberattacken auf Unternehmen, Industrie und die Verwaltung berichtet wird. Ein Blick auf die Zahlen genügt. So wurde jedes Unternehmen im Jahr 2019 Ziel von durchschnittlich 206 Cyberangriffen. Dies betrifft aber nur die gemeldeten Attacken, die Dunkelziffer dürfte noch weit höher liegen. Cyberangriffe können folgenschwere Auswirkungen auf Unternehmen haben – aber auch auf deren Kunden, Partner, Angestellte und damit letztlich auf das Betriebsergebnis. Ebenso nimmt die Bedrohung im Privaten zu. Bereits 85 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher waren mit Viren, Trojanern & Co konfrontiert.

Aufholbedarf für Österreich

Dabei ist Österreich im Bereich der kritischen Infrastrukturen relativ gut aufgestellt. Grund dafür ist unter anderem die Etablierung des Informationssicherheitsgesetzes, besser bekannt als NIS-Gesetz. Darüber hinaus zählen fachspezifische Ausbildungen an HTL, Universitäten und Fachhochschulen mit derzeit etwa 40 Studiengängen rund um das Thema Informationssicherheit, das hochwertige Cybersecurity-Know-how

von heimischen Unternehmen sowie die Tatsache, dass Österreich als Testmarkt angesehen wird, um Produkte und Services zu testen, zu wesentlichen Stärkefeldern. Funktioniert ein Geschäftsmodell hier, ist es auch global erfolgversprechend.

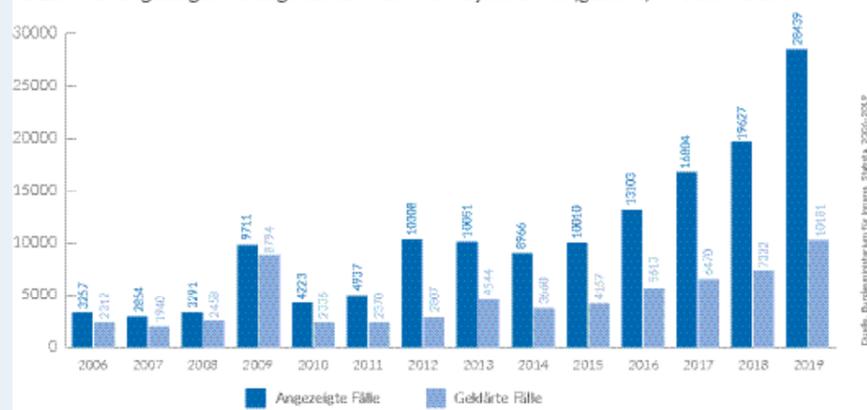
Aufholbedarf besteht aus Sicht der Industrie bei der Verfügbarkeit von Expertinnen und Experten, obwohl diese in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, sowie bei der Nutzung von Cloud-Infrastrukturen durch Unternehmen und beim oftmals noch fehlenden Bewusstsein über die Bedrohungen im digitalen Raum. Österreich als internationales Zentrum für Cybersicherheit und internationalen Wissensaustausch – dieses ambitionierte Ziel formuliert der Aktionsplan „DIGITAL.ERFOLGREICH.INDUSTRIE“. Doch wie kann dies gelingen?

Know-how-Basis stärken

Österreich muss die nationale Know-how-Basis stärken, etwa durch Cybersecurity-Challenges, die Integration von Digitalisierung und Cybersecurity in allen Ausbildungswegen und das Zusammenwirken von Bildung, Forschung, Behörden, Militär und Wirtschaft. Zudem gilt es den nationalen und internationalen Wissensaustausch, etwa mit den baltischen Staaten oder Israel, auszubauen. Darüber hinaus muss eine zukunftsfitte Infrastruktur geschaffen werden. Die Verfügbarkeit von schnellem und stabilem Internet ist Voraussetzung für Technologien wie Internet of Things (IoT), Smart Manufacturing oder Autonomes Fahren und damit für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts von morgen essenziell.



Anzahl der angezeigten und geklärten Fälle von Cybercrime (gesamt) in Österreich



Bei Cybersicherheit für kritische Infrastrukturen ist Österreich gut aufgestellt. Dennoch steigt auch in Österreich die Zahl der angezeigten Cybercrime-Fälle deutlich schneller an als die Zahl der geklärten Fälle.

#INDUSTRIE-FACT

75 Mrd. Geräte werden 2025 weltweit mit dem Internet verbunden sein. Diese müssen entsprechend geschützt werden.

WEBTIPP

Das IV-Positionspapier „DIGITAL.ERFOLGREICH.INDUSTRIE. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ finden Sie zum Download unter: www.iv.at

IV-NETZWERK INTERNATIONAL

Austausch mit EU-Justizkommissar Reynders

Im Juni präsentierte EU-Justizkommissar Didier Reynders im IV-Bundesvorstand sein EU-Gesetzespaket zur nachhaltigen Unternehmensführung. Dieses wird für Herbst erwartet. Dann sollen sämtliche Betriebe gesetzlich zu einer langfristigen, nachhaltigen Unternehmensführung mit messbaren Nachhaltigkeitszielen und Sorgfaltspflichten für die gesamte Lieferkette von Produkten verpflichtet werden. Nur so könnten ökologischer Wandel und eine nachhaltige Gesellschaft erreicht werden, so Reynders. Bisherige internationale Stan-

dards und freiwillige Initiativen seien aus Sicht der EU-Kommission nicht ausreichend. Eine gesamteuropäische Regelung sei notwendig, auch angesichts aktueller Gesetzesinitiativen in manchen Mitgliedstaaten wie dem deutschen Lieferkettengesetz. Dieses gilt ab 1.1.2023 auch für österreichische Unternehmen, die in Deutschland tätig sind, ab 3.000 Beschäftigten.

Industrieunternehmen sind selbstverständlich bereit, ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung zu leisten. Damit sie das

können, darf der Freiraum des unternehmerischen Entscheidens und Handelns aber nicht vom europäischen Gesetzgeber beschnitten werden. Große, global tätige Unternehmen erfüllen bereits heute ein Gros der angeordneten Anforderungen und können auf bestehenden Prozessen aufbauen. Aber der Mittelstand gelangt mit den weitreichenden Vorschlägen und geplanten Haftungen an seine Grenzen. Die IV arbeitet daher intensiv daran, Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischen Gestaltungsspielraum im zukünftigen Gesetzestext

sicherzustellen und den bürokratischen Aufwand zu minimieren. Dazu befindet sie sich im engen Austausch mit der europäischen und nationalen Politik und Verwaltung.



Industrie-Talk mit Minister of State for Trade Policy, Greg Hands

Beim Industrie-Talk im Juni diskutierten die britische Minister of State for Trade Policy, Greg Hands, mit Vertreterinnen und Vertretern der IV-Mitgliedunternehmen zu wichtigen wirtschafts- und handelspolitischen Themen. Im Fokus des Austauschs standen internationale Handelsbeziehungen, die Auswirkungen des Brexit oder die Zusammenarbeit zwischen UK und EU bei zentralen Zukunftsthemen, wie etwa dem Klimaschutz. In Anbetracht

des steigenden Wettbewerbsdrucks aus dem amerikanischen und asiatischen Raum sei ein gemeinsames Kräftebündeln bei Forschungs- und Technologiethemen, wie Künstlicher Intelligenz, Mikroelektronik und Erneuerbaren Energien, wichtiger denn je. Minister Hands betonte die Relevanz der Zusammenarbeit mit Österreich und anderen gleichgesinnten Ländern: Man stehe geopolitisch im gemeinsamen Wettbewerb und dies sei ein Katalysator für Wachstum

und den Kampf gegen den Klimawandel. „Wir haben die EU verlassen, aber nicht Europa“, lautete die Antwort Hands' zum Thema Brexit. Der Austritt aus der EU habe sowohl Vor- als auch Nachteile gebracht, jedoch sei Großbritannien weiterhin ein starker Wirtschaftspartner und die Lage bessere sich durch die Ausarbeitung neuer Handelsabkommen stetig. Trotz Austritt des UK liege es im nationalen Interesse, dass die EU langfristig ein Erfolgsprojekt bleibt.



Elementarbildung und Kinderbetreuung zahlen sich aus

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch mit Blick auf den Fachkräftemangel ein wichtiges Standortthema. Die Industrie setzt sich aus guten Gründen für moderne und ausreichende Kinderbetreuung in ganz Österreich ein.

Kinderbildung und -betreuung machen den Unterschied: Das hat sich nicht nur in der Coronapandemie gezeigt, als viele berufstätige Eltern mit Betreuung und Home-Schooling schlichtweg überfordert waren. „Ein ausreichendes, qualitativ hochwertiges Angebot an Kinderbetreuung ist Grundvoraussetzung für die gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und damit in hohem Maß standortrelevant. Unsere Betriebe sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder sicher und zeitgemäß betreut werden“, sagt IV-Präsident Georg Knill.

Kinderbetreuung hängt vom Wohnort ab

Dabei besteht allerdings in Österreich noch erheblicher Handlungs- und Investitionsbedarf. Im vergangenen Jahrzehnt ist bei der Kinderbetreuung zwar viel passiert: Österreich hat etwa bei den Über-Dreijährigen das sogenannte „Barcelona-Ziel“ der EU, eines Betreuungsangebots für mindestens 90 Prozent, erreicht. „Dennoch bestehen starke regionale Unterschiede. In Österreich hängen Vorhandensein und Qualität elementarpädagogischer Angebote vom Wohnort ab“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Rückflüsse übersteigen Kosten

Eine Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) im Auftrag der Industriellenvereinigung und Jungen Industrie bestätigt eindrucksvoll, wie wichtig es ist, dass ausreichend Geld in die Kinderbildung und -betreuung fließt. Konkret zeigt

sie: Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen ab 2008 hat zwar erhebliche Investitionen benötigt. Ihnen stehen aber zeitversetzt auch zahlreiche Rückflüsse gegenüber, wie die höhere Beschäftigung bei Müttern, der stärkere Personaleinsatz und entsprechende Abgaben. Bereits im Jahr 2015 überstiegen die Rückflüsse die Kosten, bilanzieren die Familienforscher. Der Ausbau der Betreuungseinrichtungen zwischen 2005 und 2016 hat in Summe knapp

„Jeder in die Qualität früher Bildung investierte Euro kommt volkswirtschaftlich gesehen mindestens achtfach zurück.“

Georg Knill
IV-Präsident

über 80.000 Arbeitsplätze geschaffen. Pro zusätzlichem Beschäftigungsverhältnis im Elementarbildungsbereich bis 2016 wurden bis dahin dreimal mehr zusätzliche Arbeitsplätze über sämtliche Wirtschaftssektoren geschaffen bzw. gesichert.

Nachfolgend die wichtigsten Forderungen der Industriellenvereinigung – die auch von

den Sozialpartnern geteilt werden – für die Zukunft der Kinderbetreuung.

Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung

Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz soll zur besseren Planbarkeit und Umsetzung für die Länder in zwei Etappen erfolgen: ab Herbst 2023 ab dem 2. Geburtstag, ab Herbst 2025 ab dem 1. Geburtstag des Kindes. „Wir brauchen dringend eine flächendeckende, flexible und leistbare Kinderbetreuung vom Neusiedlersee bis zum Bodensee – insbesondere für Unter-Dreijährige“, so IV-Generalsekretär Neumayer. Besonders wichtig für die Industrie: Die Öffnungszeiten müssen mit einer Vollzeitbeschäftigung beider Eltern vereinbar sein. Notwendig sind zudem mehr und auch mobile Betreuungsangebote durch Tageseltern als Ergänzung, etwa zu Randzeiten.

Mehr Investitionen in frühkindliche Bildung

„Auch wenn Unternehmen viel in die Vereinbarkeit und entsprechende Maßnahmen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren, kann das immer nur eine Ergänzung sein“, so IV-Präsident Knill. Er plädiert für eine Aufstockung der finanziellen Mittel für die Kinderbetreuung – und nicht nur eine Verlängerung der bisherigen Vereinbarung mit den Bundesländern für den Ausbau. Mittelfristig muss Österreich jedenfalls bei den Investitionen in frühkindliche Bildung an den EU-Schnitt von einem Prozent vom Bruttoinlandsprodukt aufschließen. Das wären rund vier Mrd. Euro, derzeit sind es rund 2,3 Mrd. Euro. Knill: „Jeder in die Qualität früher Bildung investierte Euro kommt volkswirtschaftlich gesehen mindestens achtfach

zurück. Anders betrachtet: Jeder nicht investierte Euro kostet uns mindestens acht Euro in der Zukunft.“

Ausbildungsoffensive für Pädagoginnen und Pädagogen

Österreich ist eines der Schlusslichter in Europa, was das Qualifikationsniveau der Elementarpädagoginnen und -pädagogen be-

„In Österreich hängen Vorhandensein und Qualität elementarpädagogischer Angebote vom Wohnort ab.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

trifft. „Es muss eigentlich klar sein, dass die am besten ausgebildeten Personen zu den Jüngsten müssen. Jetzt soll daher die vom Bund gestartete Ausbildungsoffensive weiter intensiviert werden“, fordert IV-Generalsekretär Neumayer. Ausbau und Qualität von Kindergartenplätzen brauchen schließlich ausreichend qualifiziertes Personal.

Betriebe unterstützen

Wichtig ist der Industriellenvereinigung auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Betriebe, die Kinderbetreuung ermöglichen. Weniger bürokratische Hürden für die Errichtung eines Betriebskindergartens sind ebenso wichtig wie Lohnsteuerfreiheit, wenn auch „Nichtbetriebsangehörige“ den Betriebskindergarten besuchen. Die IV schlägt zudem vor, den Zuschuss der Unternehmen für ihre Beschäftigten für die Betreuung von Kindern von bis zu 1.000 Euro pro Jahr und Kind steuer- und sozialversicherungsfrei bis zum 14. Lebensjahr auszuweiten. „Bessere Kinderbetreuung zahlt sich aus – und muss sich auch für alle auszahlen, die sich dafür einsetzen“, so IV-Präsident Knill.



KINDERBETREUUNG IST „MUST HAVE FÜR STARKEN STANDORT“

IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und der stv. JI-Bundesvorsitzende Nikolaus Griller über Vereinbarkeit, die Familien und Betrieben nützt.

INTERVIEW



„Es muss jetzt weitere Anstrengungen der Bundesländer gemeinsam mit dem Bund und den Gemeinden geben.“

Sabine Herlitschka
IV-Vizepräsidentin

Kinderbetreuung und Elementarbildung sind in der politischen Debatte meist Randthemen...

Herlitschka: ...und das vollkommen zu Unrecht! Denn egal, ob Vereinbarkeit von Familie und Beruf, faire Chancen für jedes Kind, mehr Fachkräfte für Unternehmen, die Stärkung des ländlichen Raumes oder die Gleichstellung von Frauen und Männern – überall spielen Kinderbetreuung und Elementarbildung eine zentrale Rolle.

Griller: Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage und des Fachkräftemangels sind Investitionen in die Kinderbetreuung wichtige Investitionen für nachhaltigen Aufschwung und Beschäftigung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Standortthema – und ein nicht zu vernachlässigender Faktor zur Gewinnung von qualifizierten Fachkräften und Mitarbeiterbindung.

Haben die Corona-Lockdowns das Thema Vereinbarkeit wieder auf die politische Bühne gehoben?

Herlitschka: Die Reformnotwendigkeiten in diesem Bereich sind natürlich schon lange bekannt. Aber die Lockdowns haben uns die Baustellen und den Investitionsbedarf noch klarer vor Augen geführt. Wir als Industrie setzen uns schon lange für Vereinbarkeit und Elementarbildung ein und wissen daher: Bessere Vereinbarkeit durch bessere Kinderbetreuung ist kein „nice to have“, sondern ein „must have“ für einen starken Standort.

Wie wird die IV das Thema weiter forcieren?

Griller: Wir sehen die Vereinbarkeit als zentrales Zukunftsthema, bei dem Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Strang ziehen müssen. Daher haben wir uns gut mit den Sozialpartnern abgestimmt – und das auch in den Bundesländern. Die IV sollte sich weiterhin mit aller Energie für Ausbau und Qualität in der Kinderbetreuung und Elementarbildung stark machen.

Herlitschka: Es muss jetzt weitere Anstrengungen der Bundesländer gemeinsam mit dem Bund und den Gemeinden geben. Unsere Unternehmen müssen bestmöglich dabei unterstützt werden, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Die IV hat beim Thema Vereinbarkeit immer auch den Elementarbildungsaspekt betont – warum?

Herlitschka: Weil elementare Betreuungseinrichtungen erste Orte für Bildung sind, und nicht nur „Aufbewahrungseinrichtungen“. Die elementare Bildung ist für Kinder und Standort wichtig. Wir sehen aus Studien: Je früher in Bildung investiert wird, umso höher ist die Bildungsrendite. Kinder, die mindestens zwei Jahre den Kindergarten besucht haben, haben belegbare Kompetenzvorsprünge in Mathematik und Englisch. 15-Jährige schneiden bei der PISA-Auswertung besser ab, wenn sie schon vor der Schule einen Kindergarten oder eine ähnliche Einrichtung besucht haben.

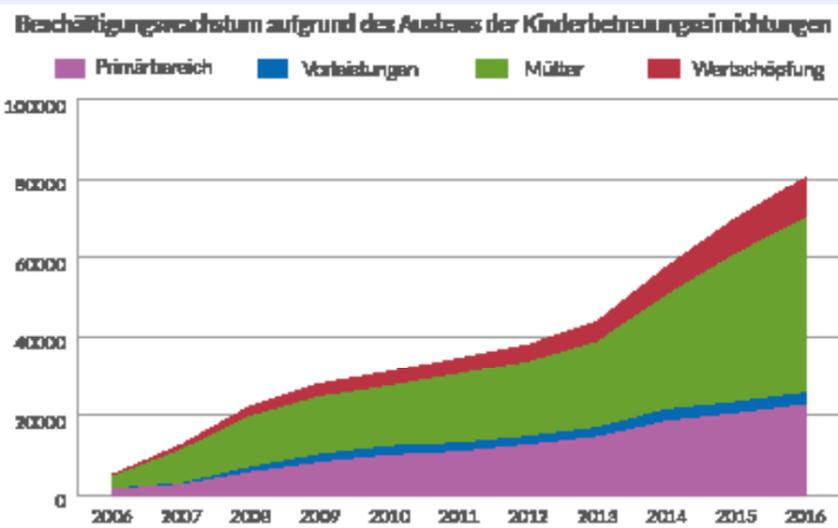


„Wir sehen die Vereinbarkeit als zentrales Zukunftsthema, bei dem Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Strang ziehen müssen.“

Nikolaus Griller, stv. Vorsitzender der Jungen Industrie

KINDERBETREUUNG & ELEMENTARBILDUNG AUF EINEN BLICK

- **AUSGABEN:** Bei den Ausgaben für frühkindliche Bildung liegt Österreich mit einem Anteil am BIP von 0,5 Prozent leicht unter dem OECD-Schnitt von 0,6 Prozent und deutlich unter Staaten wie etwa Schweden (1,4%).
- **GRUPPENGROSSE:** In den Bundesländern schwankt die maximale Gruppengröße zwischen 20 und 25 Kindern mit einer Fachkraft pro Gruppe. In Finnland entfallen auf eine Fachkraft sieben Kinder, in Dänemark zehn.
- **BETREUUNGSQUOTE:** Beim Vergleich der Betreuungsquoten zeigt sich, dass bei den Dreijährigen Niederösterreich (95,8%) und das Burgenland (95,6%) deutlich über dem Österreich-Schnitt von 86,5 Prozent liegen. Die niedrigsten Be-
- **SPRACHE:** Jedes dritte Kind in Krippe bzw. Kindergarten hat nicht Deutsch als Muttersprache. Am höchsten ist der Prozentsatz mit 60,1 in Wien, gefolgt von Oberösterreich und Vorarlberg (26,3% bzw. 26,6%).
- **WIEDEREINSTIEG:** Das Angebot an Kindergartenplätzen ist entscheidend für den beruflichen Wiedereinstieg. Laut einer Untersuchung zählen zu den drei stärksten Einflussfaktoren verfügbare Kinderbetreuungsplätze (49,3%), die Bedürfnisse des Kindes (47%), die finanzielle Situation der Familie (46,3%).



Den Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen stehen zeitversetzt zahlreiche Rückflüsse entgegen, wie die stärkere Beschäftigung bei Müttern, der stärkere Personaleinsatz und entsprechende Abgaben.



Wichtiger Schritt in Richtung klimaneutrale Strom-Zukunft

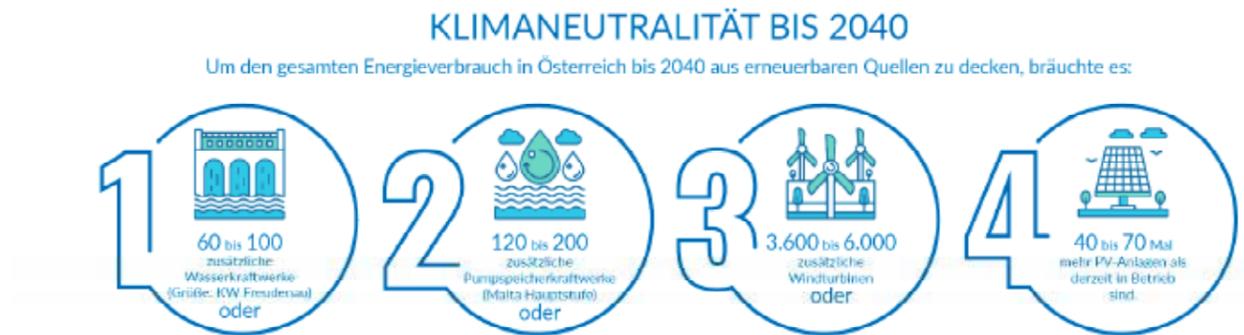


Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz schafft Planungssicherheit und begrenzt die Mehrkosten für Stromkunden. Bis zur Klimaneutralität ist es aber ein weiter Weg.

Im Juli hat der Nationalrat mit 2/3-Mehrheit das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) beschlossen. Dieses soll die Weichen stellen, damit Österreich seinen Strombedarf bis zum Jahr 2030 rein rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen deckt. Dafür notwendig sind zusätzliche 27 Terawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Quellen. Konkret bedeutet das ein erforderliches Plus von 11 TWh Photovoltaik, 10 TWh Windkraft, 5 TWh Wasserkraft und 1 TWh Biomasse. Damit würde die Produktion von erneuerbarem Strom von derzeit rund 55 TWh um rund 50 Prozent gesteigert. Um das zu erreichen, soll künftig die Unterstützung für erneuerbaren Strom auf jährlich eine Milliarde Euro in den Ausbau steigen.

Kosten für Stromkunden steigen begrenzt

Die IV hat sich in den vergangenen Monaten intensiv dafür eingesetzt, dass zentrale Anliegen der Unternehmen verankert werden: Neben der Gewährleistung des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energie durch eine deutliche Ausweitung der Fördermittel wird auch die Kostenseite politisch berücksichtigt. Die Belastungen für private und



Der Weg zur Klimaneutralität ist noch sehr weit. Dennoch ist das EAG ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

betriebliche Energiekunden werden auf eine Milliarde Euro pro Jahr gebremst. Damit die Kosten für die Industrie begrenzt sind, bleibt der Aufbringungsmechanismus, eine Art Kostendeckel für die energieintensive Industrie, aufrecht. Zudem schafft das EAG aus Sicht der IV einerseits Planungssicherheit für die Errichter und Betreiber von Ökostromanlagen. Andererseits auch für die Industrie, die ihre Prozesse von fossilen Energieträgern auf erneuerbaren Strom umzustellen hat.

Die Umstellung des Stromsystems wäre jedenfalls ein Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Derzeit entfallen zwar

lediglich 20 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs Österreichs auf Strom, die restlichen 80 Prozent auf Benzin, Gas, Diesel, Heizöl, Biomasse etc. Dennoch kommt Strom aufgrund seiner vielfältigen Anwendbarkeit gerade auch für die Dekarbonisierung der Industrie eine Schlüsselrolle zu. Aktuelle IV-Recherchen machen aber deutlich, dass der Weg zur bis 2040 angestrebten Klimaneutralität noch ein weiter ist: Um den gesamten Energieverbrauch bis dahin aus erneuerbaren Quellen zu decken, bräuchte es beispielsweise 60 bis 100 zusätzliche Wasserkraftwerke in der Größenordnung des Donaukraftwerks Freudenual oder 120

bis 200 neue große Pumpspeicherkraftwerke (siehe Grafik).

Versorgungssicherheit erhalten

Für die IV ist allerdings auch klar: Beim Umbau des Energiesystems muss die Versorgungssicherheit im Fokus stehen. Um Blackouts dauerhaft sicher vermeiden zu können, muss der Ausbau erneuerbarer Energieproduktion vom zügigen Ausbau entsprechender Infrastrukturen begleitet werden. Das heißt Verstärkung und Flexibilisierung des Netzausbaus sowie Beschleunigung bei Genehmigungsverfahren. Hierfür bietet das EAG keine hinreichende Antwort.

AKTUELLES IN KÜRZE

Begeisterung für Industrie digital geweckt

Ob digitale Workshops oder Videopräsentationen: Beim 8. Kindertag der Industrie beschäftigten sich rund 1.000 Kinder und Jugendliche mit Naturwissenschaft und Technik.

Freude und Spaß an Technik, an naturwissenschaftlichen Experimenten sowie die Lust, als kleine Entdeckerinnen und Entdecker die spannende Welt der Industrie kennenzulernen und zu erleben – das ist es, was die IV gemeinsam mit der Wissensfabrik Österreich und dem Science Pool mit dem „Kindertag der Industrie“ (KIDI) jedes Jahr vermittelt. Die 8. Auflage fand Corona-bedingt heuer erstmals digital statt.

In der vorletzten Schulwoche tauchten mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche zwischen

fünf und 14 Jahren in die vielfältige Welt der Industrie ein. In Workshops und Videopräsentationen machten die Unternehmen AVL, Fronius, Infineon, MIBA sowie das Technische Museum Wien Technik und Naturwissenschaften erlebbar.

Für die Industrie war der Fachkräftemangel zentrales Thema, er ist eines und wird es bleiben. Ein Weg ist es, Vorbehalte und Scheu gegenüber Mathematik, Naturwissenschaften und Technik schon im Kindesalter spielerisch abzubauen und Begeisterung für das Thema zu wecken. Damit ist schon viel gewonnen. Denn die Nachfrage nach MINT-Absolventinnen und -Absolventen wird hoch bleiben, gerade in der Industrie. Innovation, technologische Durchbrüche, wegweisende Ideen – all das entsteht genau dort.



Studie untersucht Präsenz von Frauen in den Medien

Die Corona-Krise hat den positiven Trend der vergangenen Jahre umgekehrt.

Die Corona-Pandemie stellte Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Gesundheitssystem auf den Prüfstand. Wie Frauen in dieser historischen Phase mitgestalten konnten und wie sichtbar sie im öffentlichen Diskurs waren, ist Gegenstand der Studie „Frauen – Politik – Medien“ von MediaAffairs in Kooperation mit Acredia, Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung und RHI Magnesita. Erstmals liefert die Medienstudie eine fundierte Basis dafür, wie sich eine Krise auf die Sichtbarkeit und die öffentliche Wahrnehmung von Frauen auswirkt.

Fazit: Der positive Trend der vergangenen Jahre kehrt sich um und Frauen verlieren an Präsenz. In der Krise gehörte die mediale Bühne zu 77 Prozent den Männern. Frauen sind als Expertinnen, Medizinerinnen etc. nur zu 23 Prozent sichtbar.

Die Studie zeigt auch, dass Frauen – wenn sie in Entscheidungspositionen präsent sind – andere Akzente setzen als Männer. Frauen fokussierten sich beispielsweise doppelt so oft auf Digitalisierungsprozesse und forcierten stärker die Erschließung neuer Märkte als Männer.

Die komplette Studie finden Sie unter: www.iv.at



V.l.n.r.: Simone Oremovic (RHI Magnesita), IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Studienautorin Maria Pernegger (MediaAffairs), AK-Präsidentin Renate Anderl, Gudrun Meierschitz (Acredia)

Tokenisierung als Baustein der Unternehmensfinanzierung

Was hat die Palmers Münze mit Tokenisierung zu tun? Mehr, als man auf den ersten Blick vermuten würde.

Als die Palmers Münze im Jahr 1949 erstmals vorgestellt wurde, war dies ein Novum in Österreich: Ein Unternehmen begibt ein eigenes Zahlungsmittel, das sogar vom Bundesministerium für Finanzen offiziell genehmigt wurde. Das war der Beginn eines Kultproduktes, das bis heute gekauft, verschenkt und gehandelt wird. Ähnlich der Palmers Münze stellt ein Token die Abbildung eines Rechtsanspruches auf eine Wertsache dar. „Während sich der Anspruch aus der Palmers Münze auf ein Bekleidungsportfolio eines Herstellers beschränkt, lassen sich durch Tokenisierung heute vielfältige Investitionsmöglichkeiten gestalten,“ erläutert gruppe1031-Vorstandsmitglied Christian Niedermüller, Director bei der Hamburg Commercial Bank und Vorstandsmitglied der DAAA (Digital Asset Association Austria).

Welche Vorteile bietet Unternehmensfinanzierung via Tokenisierung?

Der grundlegende Unterschied bei tokenisierten Vermögenswerten im Vergleich zu bestehenden Eigentumsformen ist die

Teilbarkeit, die Handelbarkeit und die Transferierbarkeit. Ein Security Token steht beispielsweise für einen Rechtsanspruch auf Eigentum auf einen dahinter liegenden Vermögenswert, wie etwa Eigenkapitalanteile an einer Kapitalgesellschaft oder ein anteiliges Eigentumsrecht an einem Grundstück. Das ermöglicht den Erwerb von Teilstücken eines Vermögenswerts und eine einfachere Handelbarkeit etwa an der Börse. Die Transferierbarkeit von Tokens wiederum vereinfacht die Eigentumsübertragung bei niedrigeren Transferkosten. Für Unternehmensfinanzierungen bedeutet dies einerseits die Erschließung neuer Investorengruppen und andererseits die Reduktion von Kosten in der Emission, im Handel sowie in der Abwicklung bei bestehenden Investoren.

Tokenisierung wird folglich zu einem wesentlichen Baustein der Unternehmensfinanzierung werden. Institutionelle Investoren haben die Potenziale der Blockchain längst erkannt. Damit die Akzeptanz digitaler Finanzierungsformen in Österreich seitens Unternehmen, Investoren, Banken und der Gesetzgebung voranschreitet, brauche es

neben einer Rechtsnorm, die eine Marktentwicklung zulässt, und einer entsprechenden Netz- und Dateninfrastruktur vor allem den Willen zur Innovation, so Niedermüller: „Die scheinbare technische Komplexität des Themas darf nicht abschrecken. Wir brauchen einen aktiven, gestaltenden Diskurs über neue Formen der Unternehmensfinanzierung bzw. einen proaktiven und technologie-neutralen Zugang zum Thema der Unternehmensfinanzierung durch Tokenisierung, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.“

WEBTIPP

Mehr Informationen zum Thema und zur gruppe1031 finden Sie unter folgendem QR-Code:



Industrie als Motor für Veränderung

Corona hat die Welt lange in Atem gehalten. Ein anderes Thema drängt sich nun, zu Recht, in den Vordergrund.

Die Pandemie hat bei vielen den Blick verengt – lange genug. Trotz aller Befürchtungen vor einem doch nicht so leichten Herbst: Es wird Zeit, unsere Energien wieder auf andere Themen zu konzentrieren. Die Klimadebatte drängt sich wieder vermehrt in den Vordergrund und das ist auch gut so. Diese Entwicklung wird noch unsere Kindeskiner betreffen. Es liegt an uns, smarte Lösungen zu finden, um allzu große Verwerfungen zu vermeiden.

Klar ist dabei aber: Den Stein der Weisen gibt es leider nicht. Es gibt nicht die eine Maßnahme, mit der alles lösbar wäre. Vom persönlichen Lebenswandel über die Frage nachhaltiger Energiegewinnung hin zur Umwandlung des Wirtschaftskreislaufs zu einer echten Zirkularwirtschaft. Der technologische Wandel – und nur Innovation wird uns aus der Misere retten können – wird alle Bereiche umfassen müssen. Und muss daher auch von der Bevölkerung in aller Breite mitgetragen werden.

Man sollte daher nicht den individuellen Nutzen aus dem Blick verlieren. Beispiel Elektroauto: Diese werden immer beliebter, bei den Batterien besteht aber sicherlich noch Luft nach oben. Wer hier die Nase vorne hat, wird sich viele Zukunftschancen sichern. Europa könnte hier Vorreiter sein. Etwa durch einen europaweiten Standard für Tauschstationen an Tankstellen. Der Autonutzer spart sich Wartezeit, die Batterien werden über Photovoltaik geladen – die EU sollte hier den Binnenmarkt nutzen, um rasch praktische technische Lösungen voranzutreiben, die (in diesem Beispiel) etwa Elektroautos wirklich massentauglich machen würden. Das hilft dem Konsumenten und der Industrie und eben auch dem Klima.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

„JI-KLIMAZONE“ ERRICHTET

Die Junge Industrie Wien hat – gemeinsam mit der Industriellenvereinigung – vor dem Haus der Industrie die „JI-Klimazone“ errichtet. Mit dieser Grünoase inmitten von Wien will die JI-Wien ein sichtbares Zeichen für Umwelt & Klima setzen. Die Klimazone lädt Mitglieder und Passanten zum Verweilen ein und bietet zugleich Informationen zu umwelt- und klimafreundlichen Lösungen aus der Wiener Industrie. Sie ist noch bis Ende September am Schwarzenbergplatz zu finden.



BUNDESLÄNDER-ÜBERGREIFENDER JI-WANDERTAG

Im Juli trafen sich Mitglieder der Jungen Industrie NÖ/Bgld., Wien und Steiermark in Mönichkirchen/Wechsel zum Wandern. Die Route führte unter anderem zum Hallerhaus am Wechsel und zum Stoa Alm Chalet. Bergab ging's dann umso schneller – und zwar mit den Mountaintarts der Rollerbahn Mönichkirchen.



JI-FACTBOX

Zwischen Jänner und Mai 2021 wurden 215,4 Prozent mehr Elektroautos in Österreich verkauft als im Vorjahr. Tendenz: weiter steigend!

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/ABB, IV-OÖ/Krügl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Marija Kanizaj, IV-Tirol/Universität Innsbruck, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/BKA/Dunker

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





„Mit Zuversicht sind wir stärker als jede Krise“

IV-Steiermark-Präsident Stefan Stolzka eröffnete die Ordentliche Vollversammlung der Industriellenvereinigung Steiermark mit den Themen Digitalisierung und den Beitrag der Industrie als Teil der Lösung zu Klimafragen. Zu Europa und seinen Allianzen sprach Sigmar Gabriel (deutscher Bundesaußenminister a.D.): „Europa wird in seiner Rolle als Zentrum der Welt verdrängt. Wir müssen dafür sorgen, dass wir als Europa ernstgenommen werden, andernfalls haben wir auch keine Allianzen mehr. Ein Weg zu neuer Stärke führt über Technologien, über Investitionen in Digitalisierung und einen attraktiven Binnenmarkt“, mahnt der profunde Europa-Kenner.



Auszug aus der Eröffnungsrede der OVV

Präsident Stefan Stolzka eröffnet vor 150 Mitgliedern mit den Worten: „Mich begeistert täglich der unternehmerische Weitblick und der Mut – da war auch in den letzten Monaten immer eine enorme Zuversicht spürbar! Vielleicht ist das typisch steirisch und wenn ja, übrigens bin ich mir da sicher, können wir stolz darauf sein, denn mit Zuversicht sind wir stärker als jede Krise!“

Die letzten Monate haben gezeigt, die steirische Industrie ist am absolut richtigen Weg! Aber wir haben auch keine Zeit zu verlieren! Es geht um unseren Standort, den Erfolg unserer Mitgliedsbetriebe in der Welt und vor allem um die Menschen in der Steiermark! Wir als Region müssen jetzt die richtigen Rahmbedingungen klug auf den Weg bringen. Unser ausschließlicher Fokus ist die Zukunftsfähigkeit und die Zukunft unserer Anlaufhäfen. Die Industrie in der Steiermark und so auch die Industriellenvereinigung bewegen drei strategische Leitthemen: „Vertrauen“, „Digitalisierung“ und „Investitionen“, eingebettet in die Bewältigung der Klimakrise.

Vertrauen ist Ausdruck einer intakten Beziehung – im Privaten wie im Beruf, es ist die Grundlage eines zukunftsgerichteten

Miteinanders in der Steiermark. Die vergangenen Monate haben es bewiesen: Die Steiermark kann auf die Stärke und in die Zukunftsfähigkeit der steirischen Industrie vertrauen. Die Landespolitik kann in die Industrie als Arbeitgeber und Innovationsmotor vertrauen. Wir, die Industrie – wir vertrauen auf standortpolitische Rahmenbedingungen, durch die wir unsere Position im globalen Wettbewerb weiter stärken können. Dazu gehören jedenfalls eine herausragende wissenschaftliche Basis und hervorragend ausgebildete und motivierte Menschen.

Wir benötigen auch zwei wesentliche Grundhaltungen bzw. Grundprinzipien:

Erstens: Entscheidungsfindungen in der Landes- und der Bundespolitik müssen faktenbasiert sein. Denken wir nur an das bevorstehende Klimaschutzgesetz. Und zweitens: Es muss uns bewusst sein, dass die Industrie und ihre Technologien die zentralen Lösungen und die zentralen Stellhebel in der Gestaltung der Zukunft sind. Dies gilt ganz besonders in Fragen der Klimapolitik. Deshalb benötigen wir unbedingt eine integrierte Klima- und Industriepolitik. Darauf möchte ich noch kurz eingehen: Wir, die Industrie sind durch unsere intensive Forschungs- und Entwicklungsarbeit, durch effiziente Produkte und Prozesse bereits wesentlicher Teil der Lösung in der globalen Klimaherausforderung! Praktisch nirgendwo auf der Welt wird so energieeffizient produziert wie in der Steiermark.

Die Klimafrage kennt keine Grenzen. Wir wirken von hier aus in die ganze Welt. Unendlich viele unserer Produkte und Prozesse sparen durch ihre weltweite Anwendung ein Hundertfaches unserer Emissionen. Die Menschen können darauf vertrauen, dass wir in der Steiermark und von hier aus für die gesamte Welt unsere Beiträge leisten. Ja und mehr noch! Die Industrie ist die einzige Kraft, durch die wir die Klimaherausforderung bewältigen können. Wer, wenn nicht die Industrie, liefert bereits und wird die Technologien liefern, die es dazu braucht?

Wir sollten diese Fähigkeit der Industrie als Chance, und in der Steiermark als Standortvorteil verstehen. Wir müssen Betrieben gerade jetzt den Rahmen garantieren, den sie für die nun anstehenden Investitionen benötigen, um diese Stärke global weiter ausbauen zu können. Es wäre falsch, wenn die Politik Technologien vorgibt. So dass wir uns unserer Stärken letztendlich berauben und den Erfolg – für die Steiermark und für das Klima – verhindern. Die Industrie und auch die Industriellenvereinigung stehen voll und ganz hinter dem Kampf gegen den Klimawandel. Wenn wir unsere vorhandenen Stärken einbringen können, werden wir die richtigen Lösungen sicher schaffen. Mein Appell richtet sich hier ganz klar an die Politik: Geben Sie uns dafür Ihr Vertrauen statt Verbote! Geben Sie uns Technologieoffenheit bei der Suche nach Lösungen, und einen langfristig planbaren Rahmen für Investitionen!

Vertrauen ist auch die Basis für klare Worte und eindeutige Botschaften: Da sind Stromschnellen und Unwegsamkeiten, die wir nur gemeinsam umschiffen werden. Und dazu gehören jedenfalls die beiden weiteren Schwerpunkte, auf die wir uns im Präsidium verständigt haben: Digitalisierung und Investitionen. Durch die Pandemie hat die Digitalisierung deutlich an Dynamik zugelegt. Mit ihr hat der Paradigmenwechsel der Wirtschaft und der Gesellschaft enorme Fahrt aufgenommen. Die Anforderungen an Unternehmen steigen damit enorm – und mit ihnen die Anforderungen an Standorte. Ohne digitale Infrastruktur und ohne „digital skills“ überlassen wir die Chancen anderen. Ohne Qualifikation und Infrastruktur keine Digitalisierung. Ohne Digitalisierung keine Zukunftsfähigkeit, hier gibt es keinen Spielraum, das ist einfach so.

Die Anforderungen von unseren Unternehmen an die digitale Infrastruktur steigern sich binnen 3 Jahren um den Faktor 2,5. Die Steiermark steht in einem rasend schnellen Wettbewerb und muss sich mit den besten und attraktivsten Regionen der Welt messen (können), besonders in Asien. Ein Wettbewerb der Stand-

orte. Ein Wettbewerb um Investitionen von Betrieben.

Es sind meistens zutiefst rationale Gründe, die über den Ort, an dem investiert wird, entscheiden. Auch die Steiermark und Österreich müssen sich in Sachen Dateninfrastruktur einem faktenbasierten Vergleich von Leistungsfähigkeit stellen und sich mit anderen Regionen messen und sie übertreffen. Derzeit liegt Österreich mit dem Glasfaseranteil (3,3 Prozent) am Breitband laut Statista in Europa an letzter Stelle. Der OECD-Schnitt ist 30 Prozent.

Wir müssen uns an den Besten messen. Die Landesregierung hat ein gutes Arbeitsprogramm und mit ReStart auch einen richtigen Wirtschafts- und Industrieplan für die Steiermark. Es sind aber mehr Mittel im Landeshaushalt, mit Bund und EU sicherzustellen, um die Umsetzung zügig einzuleiten. Wenn wir alle Einigkeit darüber haben und sagen: „Wir wollen das unbedingt“ statt „Ja, aber“, dann schaffen wir das auch. Nun heißt es wirklich umsetzen! Wir ruhen uns nicht auf unseren Erfolgen aus!

Entscheidend ist der unbedingte Wille, mutig unbekanntes Terrain zu betreten und die Führung zu übernehmen. Nutzen wir die Erfolgsgeschichte! Unsere Stärken gilt es auszubauen – wir wollen dabei auch den Mut haben, die weltweite Spitze breiter zu erreichen – und entsprechend in großen Dimensionen denken, planen und agieren.

Ihr

Stefan Stolzka,
Präsident der IV-Steiermark



1. Franz Mayr-Melnhof-Saurau, Nina Pildner-Steinburg, LR Johann Seitinger, Franz Kainersdorfer, LR Barbara Eibinger-Miedl, Stefan Stoltzka, Sigmar Gabriel, LR Ursula Lackner, Josef Pesserl und Horst Schachner

2. Sigmar Gabriel
3. Franz Mayr-Melnhof-Saurau, Franz Kainersdorfer, Nina Pildner-Steinburg, Stefan Stoltzka, Gernot Pagger, Nina Zechner

4. Martin Gölles, Stefan Stoltzka, Jochen Pildner-Steinburg
5. Junge Industrie Steiermark
6. Gilbert Frizberg, Martin Schaller
7. Georg Knill, Anton Schantl

8. Georg Knill, Stefan Stoltzka
9. Gernot Pagger, Stefan Stoltzka, Georg Feith, Herbert Tanner, Alfred Marchler, Markus Fuchsbichler
(Bildbezeichnungen jeweils v.l.n.r.)



Green Deal als steirische Herausforderung und Chance

Die energieintensive Industrie hat hohe Relevanz für die Steiermark. Unternehmen wirken vor Ort durch ihre effiziente Produktion und weltweit durch hochtechnologische Produkte, die vielfach zur Lösung der Klimafrage beitragen.

Die IV-Steiermark hat bei Joanneum Research (JR) eine Studie in Auftrag gegeben, die den Stellenwert der energieintensiven Industrie für die Steiermark, aber auch die Betroffenheit und die Potenziale im Zuge des „New Green Deals“ analysiert. Ziel war es, den Beitrag, den die steirischen Betriebe zur Bewältigung der Klimaherausforderung leisten können, zu erfassen und den dafür nötigen standortpolitischen Rahmen zu definieren.

Energieintensive Industrie für Steiermark hoch relevant

Die Analyse belegt eingangs eindrucksvoll, dass die Steiermark überdurchschnittlich von energieintensiven Industriezweigen geprägt ist. Insgesamt sind knapp 32.000 Arbeitnehmer in der energieintensiven Industrie tätig, das sind 29,6 Prozent der Industriebeschäftigten bzw. um 40 Prozent mehr als im Bundesländer-Schnitt. Politische Entscheidungen in den Themenfeldern Energie und Klima auf nationaler und europäischer Ebene sind daher für die Steiermark von überdimensionaler Bedeutung.

Als besonders energieintensive Branchen wurden die Bereiche Papier, Metall, Steine/Erden/Glas ausgemacht. Sie stehen gemeinsam für 79 Prozent des energetischen Endverbrauchs der steirischen Industrie (66.600 TJ). 13,7 Prozent der steirischen Bruttowertschöpfung entfallen auf die energieintensive Industrie. Im Österreich-Schnitt sind es 7,6 Prozent, was die überdurchschnittliche Relevanz dieses Industriezweiges für die Steiermark verdeutlicht.

Entkopplung von Produktion, Energieverbrauch und Emissionen

Eine zentrale Erkenntnis der Studie ist, dass wenn in der Steiermark mehr produziert wird, die Emissionen nur unterproportional steigen. Das ist ein Beleg für die hohe Energieeffizienz und die Entkopplung von Produktion und Emission. Während im Zeitraum 2011 bis 2018 die Bruttowertschöpfung in der Warenherstellung um 23,9 Prozent gestiegen ist, erhöhten sich die Treibhausgasemissionen (THG) nur um 1,5 Prozent. Relativ gesehen ist damit ein deutlicher Rückgang der THG-Emissionen gelungen. Mit ein Grund dafür liegt wohl darin, dass in der Steiermark eine Sym-

biose von energieintensiver Industrie und Umwelttechnikindustrie – und damit in einem optimalen Zusammenspiel von Fragestellung und Lösung – zu finden ist. Im Kernbereich der steirischen Umwelttechnikindustrie sind über 13.000 Erwerbstätige beschäftigt. Im Bundesländervergleich zählt die Steiermark damit die meisten Beschäftigten in diesem Sektor (11,7 Prozent der Industriebeschäftigten, im Österreich-Schnitt sind es 7,8 Prozent). In den letzten fünf Jahren konnte ein jährliches Beschäftigungswachstum von 3,5 Prozent verzeichnet werden. Für die Steiermark, die auch als das „Green Tech Valley“ gilt, liegt im „New Green Deal“ also eine klare Chance.

Technologieoffenheit und Planbarkeit

Die Rolle als wichtiger Arbeitgeber in der Steiermark und jene des Anbieters von Lösungen für den weltweiten, ressourcenschonenden Einsatz will und kann die steirische Industrie ebenso weiter wahrnehmen, wie sie Emissionen vor Ort reduzieren will. Dafür braucht es Technologieoffenheit und Planbarkeit für Investitionen. In Bezug auf die Technologieoffenheit muss in der Strategieentwicklung darauf geachtet und die be-

stehenden Stärken in der österreichischen und steirischen Umwelttechnikindustrie gezielt genutzt werden. IV-Steiermark-Präsident Stefan Stoltzka betonte dazu im Rahmen des Pressegesprächs: „Wenn es gelingt, die Transformation erfolgreich zu gestalten, ergeben sich nicht nur vermehrte Verkaufschancen auf den Weltmärkten, sondern auch ein noch größerer positiver Impact auf das globale Klima.“

FORDERUNGEN DER INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG

1. Technologieoffenheit auf der Suche nach den besten Lösungen zur Bewältigung der Klimakrise – weniger Regulierung, Öffnung zu mehr Wettbewerb der Technologien.
2. Klarer Rahmen für eine langfristige Planbarkeit der anstehenden Investitionen – um radikale Innovationen über einen langen Zeitraum umsetzen zu können.
3. Evidenzbasierte integrierte Klima- und Industriepolitik – aufbauend auf der Einstellung und dem Wissen, dass nur massiver Forschungseinsatz und Technologien der Industrie die Klimakrise lösen können.
4. Life Cycle Betrachtung aller energieintensiv hergestellten Produkte für eine weitsichtige und verantwortungsvolle Klimapolitik – Klimaneutralität muss über Produktion und Lebensdauer sowie Klima-Impact der produzierten Güter definiert werden.
5. Substanzielle Förderung – nationale Finanzierungsmittel für Forschungsprojekte (beispielsweise in den Bereichen Wasserstoff und Reduktion von CO₂-Emissionen der Industrie), u. a. im Rahmen der Möglichkeiten von IPCEIs (Important Project of Common European Interest) sind rasch sicherzustellen.



Bernhard Puttinger (GF Green Tech Cluster)



Stefan Stoltzka (IV-Steiermark-Präsident)



Eric Kirschner (Joanneum Research)